

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Bundespräsident Christian Wulff Bisheriger Ministerpräsident von Niedersachsen neues Staatsoberhaupt



(Bundespräsidentenwahl im Reichstag: Fraktionschef Volker Kauder, der neue Bundespräsident, Thomas Strobl und Ministerpräsident Stefan Mappus bereiten sich auf die Wahlhandlung in der Bundesversammlung vor)

In dieser Woche trat die Bundesversammlung, die größte parlamentarische Versammlung der Bundesrepublik Deutschland, zum 14. Mal zusammen. Ihre einzige Aufgabe besteht darin, den Bundespräsidenten beziehungsweise die Bundespräsidentin zu wählen. Die Versammlung tritt in der Regel nur alle fünf Jahre im Reichstagsgebäude zusammen, es

sei denn, die Amtszeit des Bundespräsidenten endet vorzeitig. Die Bundesversammlung wird vom Bundestagspräsidenten einberufen. Er bestimmt Ort und Zeit und ist auch für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Versammlung zuständig. Laut Grundgesetz muss die Bundesversammlung spätestens 30 Tage vor dem Ende der Amtszeit des Bundespräsidenten zusammenkommen. Die Bundesversammlung besteht aus allen Bundestagsabgeordneten und der gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Sie umfasst in der 17. Wahlperiode also 1.244 Mitglieder (622 Bundestagsabgeordnete und 622 von den Landesparlamenten bestimmte Mitglieder). Wie viele Vertreter die einzelnen Länder in die Bundesversammlung entsenden dürfen, errechnet sich anhand ihrer Bevölkerungszahlen.

Nach dem Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten am 31. Mai dieses Jahres mit sofortiger Wirkung war die Einberufung der Bundesversammlung durch den Bundestagspräsidenten nötig geworden. In seiner Ansprache zur Eröffnung der Bundesversammlung erklärte der Bun-

destagspräsident Norbert Lammert dazu: "Diese Bundesversammlung findet statt, weil der Bundespräsident sein Amt niedergelegt hat, mit sofortiger Wirkung - ein in der Geschichte der Bundesrepublik, ja in der Demokratiegeschichte unseres Landes einmaliger Vorgang." Lammert weiter: "Diese Entscheidung und ihre Gründe haben wir zu respektieren, auch wenn viele von uns sie noch immer nicht wirklich verstehen können."



(Souveräner Versammlungsleiter mit historischem Sachverstand: Bundestagspräsident Norbert Lammert)

Im Anschluss an die Eröffnungsrede des Parlamentspräsidenten trat die Bundesversammlung in den ersten Wahlgang ein. Nach mehr als neunstündiger Dauer der 14. Bundesversammlung erhielt der von Union und FDP für das Amt des Bundespräsidenten nominierte Kandidat, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, im dritten Wahlgang 625 von 1.242 abgegebenen Stimmen und wurde damit zum zehnten Bundespräsidenten gewählt. Auf den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und späteren Beauftragten für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck entfielen in diesem Wahlgang 494 Stimmen. Es gab 121 Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig.

Christian Wulff schaffte im dritten Wahlgang die absolute Mehrheit von mindestens 623 Stimmen. Vor der Annahme der Wahl erklärte er seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten. Er nehme die Wahl "außerordentlich gerne und aus Überzeugung" an und freue sich auf die verantwortungsvolle Aufgabe, erklärte er.

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag gratulierte dem neuen Bundespräsidenten. Zur Wahl von Christian Wulff erklärte der Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl: "Wir gratulieren Christian Wulff sehr herzlich zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten. Ich bin mir sicher, dass er seine neue Aufgabe hervorragend erfüllen und ein erstklassiges Staatsoberhaupt sein wird, und wünsche ihm von Herzen alles Gute und Gottes Segen."



(Zustimmung für Wulff: Thomas Strobl mit Kollegen kurz nach der Stimmabgabe.)

Selbstverständlich hätte es der Berliner Regierungskoalition gut getan, wenn Herr Wulff bereits im ersten Wahlgang gewählt worden wäre. Entscheidend ist aber das Ergebnis, das am Ende des Tages steht – und das heißt: Der Kandidat der bürgerlichen Koalition hat sich durchgesetzt. Es ist jetzt die Aufgabe der Bundesregierung und der bürgerlichen Koalition, durch gute Arbeit in den wichtigen Sachfragen das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen.

DIESE WOCHE IM PLENUM:

Aufschwung trägt sich selbst

Vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunkturprognosen gab Bundesminister Rainer Brüderle an diesem Donnerstag eine Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Entwicklung ab. In der konjunkturellen Belebung in Deutschland mit sinkenden Arbeitslosenzahlen und wieder wachsenden Exporten sieht die Bundesregierung ein "ermutigendes Signal". Deutschland habe die besten Aussichten auf einen dauerhaften Aufschwung, bilanzierte der Bundeswirtschaftsminister. Auch der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs gab sich überzeugt, dass die Folgen der Krise von der Bundesregierung und der Koalition gut gemeistert wurden. Er zog in der Debatte nach der Regierungserklärung - ähnlich wie Brüderle - eine positive Bilanz der Krisenbewältigung. Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass sich in der zweiten Jahreshälfte der Aufschwung eher verstetigen würde, sagte Fuchs. Aus diesem Grund müsse nun "Schluss sein mit Keynes", forderte er. Nun, nach dem Ende der Krise, sei es nötig, Ausgaben zu reduzieren. Dabei werde es sozialverträglich zugehen: Im Sozialetat werde unterdurchschnittlich gespart, sagte der Fraktionsvize: 55 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushalts seien Sozialausgaben, der entsprechende Anteil am Sparpaket der Bundesregierung betrage jedoch nur 30 Prozent. Ausdrücklich verteidigte er die Änderungen beim Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger als richtig, da es sich um eine Lohnersatzleistung handele. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion und Waiblinger Abgeordnete, Joachim Pfeiffer, wies darauf hin, dass der Aufschwung sich inzwischen selbst trage, nachdem die Wirtschaft zuvor mit den Konjunkturprogrammen stimuliert wurde. Pfeiffer kündigte weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung an, um den Mittelstand zu entlasten. In der Energiepolitik sprach er sich für eine sinnvolle Förderung der erneuerbaren Energien und eine sub-

stanzielle Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken aus. In der vergangenen Woche hatten mehrere Forschungsinstitute ihre Prognosen für die deutsche Wirtschaft nach oben korrigiert. Dieser Einschätzung schloss sich jetzt auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin an. Nach jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung die Zahl der Arbeitslosen im Juni im Vergleich zum Vormonat um 88.000 auf 3,153 Millionen gesunken.

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- Verbot von Leerverkäufen
- Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch vom Berliner Büro Thomas Strobls unter 030 / 227 72542.

BESUCHER AUS DEM WAHLKREIS:

50 politisch interessierte Bürger aus Heilbronn und Umland waren diese Woche im Rahmen einer BPA-Fahrt zu Gast in Berlin. Neben einem reichhaltigen politischen Programm gab es für sie auch vom Strobl-Büro-Team organisierte gesellige Betätigungsmöglichkeiten. Dies sorgte allgemein für gute Stimmung.

Am meisten indes freuten sich die Teilnehmer, die sich auch aus den Reihen der Frauen Union und Jungen Union rekrutierten, über das einstündige Gespräch, das Thomas Strobl mit Ihnen im Paul-Löbe-Haus führte. Dass er sich trotz der hohen Termindichte und der wahrlich ereignisreichen Woche rund um die Präsidentenwahl so viel Zeit nahm, um sich seinen Gästen zu widmen, wussten die Besucher zu schätzen und bedankten sich bei ihrem Abgeordneten mit einem Gruß aus Heilbronn.

Einziger Wermutstropfen des Besuchs: Aufgrund der Sicherheitsvorkehrungen rund um die Bundesversammlung musste das traditionelle Gruppenbild auf der Dachterrasse des Reichstags ausfallen und es reichte „nur“ für ein Foto auf der Treppe des Paul-Löbe-Hauses.



Doch die Besucher nahmen es gelassen und erklärten sich dennoch rundum zufrieden mit Ihrer Berlin-Fahrt, die übrigens bei bestem Kaiserwetter stattfand.

PRESSEMITTEILUNGEN:



„Sparpaket ist sozial ausgewogen“:

Thomas Strobl kontert Kritik der SPD (Mitteilung vom 29.06.2010)

„Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Sparpaket ist sozial ausgewogen“, stellt Thomas Strobl angesichts der jüngsten Äußerungen von SPD-Landesvize Leni Breymaier klar. Der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg betont: „Die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von diesem Maßnahmenpaket beispielsweise überhaupt nicht belastet. Ich frage mich, wie jemand, der das weiß, behaupten kann, das Sparpaket sei in einer sozialen Schieflage.“

Dem gegenüber stehe eine massive Belastung der Stromkonzerne durch die Brennelementesteuer sowie der gesamten Luftfahrtindustrie durch die ökologische Luftverkehrsabgabe: „Die Wirtschaft hat zudem zu tragen, dass bei der Ökosteuer Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe zurückgenommen werden.“ Außerdem, so Strobl weiter, müssen auch die Beamtinnen und Beamten sowie die Bundeswehr ihren Teil zu den Sparbemühungen leisten.

Auf Einladung Thomas Strobls:

Die Kanzlerin kommt nach Heilbronn zur Regionalkonferenz (Mitteilung vom 01.07.2010)

Nachdem kürzlich der CDU-Landesvorsitzende und baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus sich zu einer Regionalkonferenz in Heilbronn-Biberach im Messe- und Eventcenter redblue die Ehre gab, folgt ihm nun nach den Worten des direkt gewählten Heilbronner Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl (CDU) die CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nach.

Frau Merkel wird am 18. Oktober in der Festhalle „Harmonie“ im Rahmen einer Regionalkonferenz der CDU Deutschlands, zu der die CDU-Mitglieder aus ganz Baden-Württemberg eingeladen sind, Rede und Antwort stehen und über ihre Arbeit berichten.

Eingefädelt hat den Veranstaltungsort „Harmonie“ Heilbronn Thomas Strobl, der Generalsekretär der baden-württembergischen CDU. Als Heilbronner Abgeordneter freut er sich sehr darüber, dass innerhalb kurzer Zeit seine Heimatstadt gleich zweimal zum Schauplatz für Begegnungen mit hochkarätigen Unionspolitikern gemacht werden konnte.

Zitat zum Schluss:

«Niemand von uns steht unter Denkmalschutz. Weder die Parlamente noch die Regierungen, nicht einmal das Staatsoberhaupt. Kritik muss sein! »

(Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Eröffnungsansprache zur 14. Bundesversammlung am Mittwoch im Deutschen Bundestag)